

Da schluckt der Rassist

Zu: „Widmann-Mauz: ‚Rasse‘ streichen“, FR-Politik vom 17. Juni

Verschiedene Rassen? Fehlzeige! Denn ursprünglich sind wir alle Afrikaner: Vor 200 000 Jahren begann Homo sapiens, aus Afrika auszuwandern und sich über den gesamten Erdball zu verbreiten. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Und nur ein Prozent des Genoms unterscheidet sich bei Mensch und Schimpanse. Da schluckt der Rassist. Fritz Brehm, Frankfurt

Demonstrationen allein helfen nicht

Vor dem Rassismus steht die Respektlosigkeit. Viel zu lange haben wir weggeschaut und weggehört. Dieser Entwicklung wurde von der Gesellschaft kein Einhalt geboten. Es sind nicht nur andersfarbige Menschen betroffen. Frauen, Andersgläubige, Menschen mit einer anderen sexuellen Orientierung und Behinderte werden verbal diskriminiert und auch oft körperlich angegriffen. Auch die Angriffe auf Feuerwehrleute, Rettungssanitäter, Krankenhauspersonal und Polizeibeamte haben wir nur zur Kenntnis genommen. Dem muss Einhalt geboten werden. Demonstrationen allein helfen nicht, im Alltag müssen die Geschützten geschützt werden, die Zivilcourage zeigen oder auf Vorkommnisse hinweisen außerhalb von den Demonstrationen. Carmen Horstmann, Frankfurt

Rassismus geht auch uns Deutsche an

Der Rassismus in den USA, der auch nach dem Ende der Sklaverei und deren Abschaffung nach dem Bürgerkrieg tief im Denken der Weißen bis zum heutigen Tage verwurzelt ist, ist ein Phänomen, das auch uns Deutsche angeht. Nicht allein deshalb, weil auch bei uns natürlich „people of colour“, Araber, Marokkaner etc. diskriminiert werden und von der Polizei häufig per se als potentielle Verdächtige belästigt werden, sondern weil die USA, zumindest bis zum Vietnam-Krieg, für viele Deutsche das Land der Freiheit und Demokratie waren – trotz Rassismus. Mit Obama stieg die Hoffnung auf eine Überwindung des Rassismus (die, wie zu erwarten, nicht erfüllt wurde), und unter Trump, der gegen friedlich demonstrierende Bürger bewaffnetes Militär auffahren will, ist die Lage eskaliert, nicht zuletzt durch Covid 19 und die hohe Zahl an Opfern unter der schwarzen Bevölkerung.

Wenn 15 000 in Berlin auf die Straße gehen, richtet sich ihr Protest auch gegen einen völlig entfesselten, Hass twitternden, autokratischen amerikanischen Präsidenten, und es ist ein Zeichen der Solidarität, wenn in Europa und Australien Protestierende sich dem Slogan „Black Lives Matter“ anschließen. Dieser Protest hat eine politische Botschaft – ganz im Unterschied zur Paddeltour auf dem Landwehr Kanal! Renate Graf, Berlin

Diskussion: frblog.de/floyd



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefes dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20200622

FR ERLEBEN

Pitt von Bebenburg moderiert das Forum „Access to the Right to Asylum in Europe“ (Zugang zum Recht auf Asyl in Europa) beim Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz mit Karl Kopp (Pro Asyl), Eleni Velivasaki (Refugee Support Aegean) und Ulrich Weinbrenner (Bundesinnenministerium). In englischer Sprache.
Dienstag, 23. Juni, 14 Uhr.
Die Veranstaltung findet online statt. Anmeldungen bei der Evangelischen Akademie zu Berlin unter: www.eaberlin.de

Andreas Schwarzkopf spricht über „Corona in Afrika“ mit Antonia Witt von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK).
Dienstag, 23. Juni, 19 Uhr.
Zu sehen ist die Diskussion von Heinrich-Böll-Stiftung, HSFK sowie FR auf dem Youtube-Kanal boell-hessen.de/YouTube.

Pitt von Bebenburg und **Hanning Voigts** moderieren das FR-Stadtgespräch „Kampf dem rassistischen Terror. Konsequenzen nach den Morden von Hanau“ mit Nancy Faeser (SPD), Omid Nouripour (Grüne), Newroz Duman (Initiative 19. Februar Hanau) und Selma Yilmaz-Ilkhan (Ausländerbeirat Hanau).
Mittwoch, 24. Juni, 20 Uhr.
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt.
Die Anzahl der Plätze ist begrenzt. Registrierung auf fr.de/anmeldung mit dem Stichwort „Haus am Dom“.
Die Diskussion wird gestreamt unter fr.de/eventvideo.

Die Autos der Zukunft haben klein zu sein

Zukunft mit Wasserstoff: „Fossilfrei oder gar nicht“, FR-Politik vom 12. Juni

Wie wird die nächste Generation urteilen?

Warum haben wir mit der Wasserstoffoffensive nicht schon vor 30 Jahren begonnen, obwohl wir dazu in der Lage waren? Warum haben wir damals Asbest verboten aber nicht die Freisetzung von fossilem CO₂, obwohl wir die Gefahren berechnet und gekannt haben (1989: Weltklimarat-IPCC)? Das eine betrifft einzelne Menschen, das andere zerstört Ökosysteme und bedroht die Menschheit. Lächerliche CO₂-Abgaben für Spritfresser und eine spürbare Mehrwertsteuer-Absenkung setzen Anreize, das Klima mit Vollgas gegen die Wand fahren. Neben der rasant zunehmenden Schmelze von Permafrost und Polkappen wird mit europäischer, besonders deutscher Duldung, mittels „Rindfleischabkommen“ (EU-Mercosur-Abkommen) kritiklos die grüne Lunge zerstört. Bis zum Ende des Jahrzehnts dürften auch weite Teile Afrikas klimatisch unbewohnbar werden. Auf diesem Kontinent leben dann 1,5 Milliarden Menschen und im kli-

matisch gemäßigeren Europa 0,7 Milliarden. Zudem steigt der Meeresspiegel unaufhörlich, bei vollständiger Eisschmelze um 66 Meter. Wie wird wohl die nächste Generation, die die Folgen unserer derzeitigen Politik und die der letzten 30 Jahre empfindlich zu spüren bekommt, darüber urteilen? Rainer Wild, Wunsiedel

Eine völlig verfahrene Kiste

Prof. Kemfert hat wie immer Recht in ihren Einschätzungen zur Wasserstofftechnik. Es ist völlig klar, dass nur „grüner“ Wasserstoff infrage kommt. Natürlich muss der Ausbau erneuerbarer Energie mit aller Kraft gefördert werden. Es muss ein Ende haben, den Ausbau erneuerbarer Energie, wie bisher, nach Kräften zu behindern. Der Satz „Man wird Wasserstoff deshalb vernünftigerweise nur dort einsetzen, wo es keine andere Möglichkeit gibt“ zeigt jedoch auf den eigentlichen Knackpunkt. Es gibt keine andere Möglichkeit als Wasserstoff, E-Mobilität ist nicht die Antwort. Das „Modell Strom“

hat wohl keine Zukunft. Es bleibt also nur der Weg für die allgemeine Mobilität über Wasserstoff. Das Argument „zu teuer“ zieht nicht, bedeutet es doch, dass die Autos der Zukunft klein zu sein haben, die Zeit der SUV ist vorbei. Die jetzige Praxis der Hybrid-SUV ist eine Lüge, wer fährt denn da mit Strom? Für die langen Fahrten gibt es in Zukunft Bahn und Bus.

Es darf jedoch bezweifelt werden, ob es gelingt, genügend Druck zu erzeugen, um erneuerbare Energie in genügender Menge zu erzeugen. Bis jetzt ist das nicht zu erkennen. Das Ganze ist eine konzertierte Aktion der fossilen Energiewirtschaft mit der Kfz-Industrie mit dem Ziel: Wenn nicht genug Grünstrom da ist, muss eben Kohlestrom benutzt werden. Siehe Datteln 4. Man muss sich fragen, was in den Köpfen der Industrie und des Staats vor sich geht. Wofür Milliarden investieren, wenn man doch Wasserstoff eigentlich gar nicht will? Eine völlig verfahrene Kiste. Jürgen H. Winter, Schöneck

Diskussion: frblog.de/wasserstoff-2

Kamikazeflieger Trump erhöht Kriegsgefahr

Zu: „Atomkräfte auf Modernisierungskurs“, FR-Politik vom 16. Juni

Auch die 13 000 Atomsprengköpfe, also das knappe Fünftel des ehemaligen Gesamtbestandes, wäre durchaus noch imstande, die Welt gleich mehrfach in Schutt und Asche zu legen. Den seit Jahren geplanten, vorbereiteten und bald anstehenden Austausch des Altbestandes durch völlig neu entwickelte Atomwaffen als „Modernisierung“ zu titeln, ist aber als verharmlosender Euphemismus der Militärs anzusehen, hinter dem sich eine enorm gefährliche Aufrüstung verbirgt. So erhalten die zur Stationierung in Büchel vorgesehenen, neuen B61-12 digital steuerbare und in der Sprengkraft variable Präzisionsprengköpfe. US-Militärs leiten daraus die Wahnvorstellung eines auf Europa be-

grenz- und gewinnbaren Atomkrieg ab (ähnliche Szenarien sind aus den 80er Jahren bekannt). Genau diese Militärpläne sind es, die die Wissenschaftler*innen des Friedensforschungsinstituts beunruhigt und welche die „wachsende Bedeutung“ der Nuklearwaffen beschreiben.

Dass diese Entwicklung ein erneuter, grober Verstoß gegen die Abrüstungsverpflichtung des NVV-Vertrags zur Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen bedeutet, ficht die Atomwaffenstaaten, allen voran die USA, nicht an. Im Gegenteil: Nach der Kündigung des Mittelstreckenraketenvertrags 2019 will Trump auch den letzten noch bestehenden Neu-START-Abrüstungsvertrag 2021 ersatzlos auslaufen lassen – trotz eindring-

licher Warnungen aus Moskau (vgl. FR v. 11.2.). Auch für ein neues Open-Skies-Abkommen gibt es laut FR vom 25.5. „keine Perspektive“, und Trump erwäge, „erstmal seit 1992 einen Atomtest“ durchführen zu lassen. Der sich gerne selbst lobende „größte Deal-maker aller Zeiten“ erweist sich damit als Kamikazeflieger, der nun eine Trümmerwüste hinterlässt und die Kriegsgefahr immens erhöht. Wer auf westlicher Seite jetzt noch die Bündnistreue höher bewertet als eine alternative, auf Abrüstung, Entspannung und Vertrauensbildung setzende Politik, gefährdet letztlich die Zukunft unseres Kontinents.

Bernd Bremen, Aachen

Diskussion: frblog.de/truppenabzug

Die richtige Marschrichtung

Zu: „Betriebsräte stinksauer auf SPD“, FR vom 8. Juni

Die Betriebsräte der Automobilindustrie sollten lieber „stinksauer“ auf ihr Management sein. Die Autobosse haben es versäumt, rechtzeitig die Weichen in Richtung Zukunft bei der Automobiltechnik zu stellen. Z.B. bei der Einführung des Katalysators oder beim Thema Abgaswerte saßen sie immer im Bremserhäuschen und haben sich darauf verlassen, dass die Regierung und das Kraftfahrtbundesamt für ihren komfortablen Sitzkomfort sorgen. Zudem: Wer Dividenden und Boni zahlt, darf dafür nicht auch noch das Geld der Steuerzahler fordern.

Wer es nicht verstanden hat, ist nicht die SPD (ich bin kein SPD-Mitglied), sondern die Auf-

sichtsräte der Automobilindustrie, die für die strategischen Entscheidungen bei der Produktentwicklung verantwortlich sind. Dort haben sich Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsvertreter offensichtlich nicht durchsetzen können. Ob aus mangelndem Willen oder mangelnder Kraft sei dahingestellt. Aber auch sie sitzen dank Mitbestimmung mit am Tisch und tragen Verantwortung.

Alles, was jetzt als Argument in die Waagschale geworfen wird, ist lange bekannt. Die Angst um die Arbeitsplätze ist berechtigt. Industriepolitische Verantwortung kann aber nicht heißen, einen Irrweg weiter mit Unsummen zu subventionieren.

Als jahrzehntelanger ehrenamtlicher IG-Metall-Funktionär ist es für mich selbstverständlich, dass dies sozial begleitet stattfinden muss. Statt weiter rückwärtsgewandt zu diskutieren, sollte die IG Metall jetzt den Weg verfolgen, den sie sehr spät eingeschlagen hat: Aus technischem Fortschritt muss sozialer und ökologischer Fortschritt für alle werden. Unter diesem Motto haben bei der #FairWandel-Kundgebung der IG Metall am 29. Juni 2019 über 50 000 Menschen in Berlin demonstriert. Das ist die richtige Marschrichtung. Roland Walter, Rastatt

Diskussion: frblog.de/abwrackpraemie